Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat gemäß § 96 Abs. 1 GO den geprüften Jahresabschluss 2018 festzustellen und der Bürgermeisterin Entlastung zu erteilen. Weiterhin empfiehlt er, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 913.244,74 € durch die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage zu decken.